

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz)
Verlag
H. Herter, Industriehalle
Niesbach-Büch
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz folgen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Dritteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reueuband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reueuband).

Inserate
Die dreizehnpaltige Zeile
25 Lit. — 20 Pfg.

N. 3.

Sonntag, 18. Januar.

1880.

Leis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verkannt werden. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderndes ist hierzu einzurichten, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zustellungsbedingen mitgeteilt werden. In zweifelsfällen bitten wir, sich behaupten größerer Sicherheit Rekommandierung. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Ein Bild aus unserer Gesellschaft.

Vor wenigen Tagen ging die erfreuliche Nachricht durch die ganze Presse, daß das großartige Werk der Gottharddurchbohrung trefflich vorwärts schreite und binnen Kurzem seiner Vollendung entgegengehe. Nur mehr 400 Meter Gestein sind zu durchbrechen, und die von der Urner Seite aus im Schoße des Bergriesen wühlenden Arbeiter hören bereits die Sprengschüsse ihrer von der Tessiner Seite her vordringenden Kameraden. Nicht lange mehr, und die letzte sie trennende Scheidewand wird fallen, die von den beiden Ausgangspunkten des Tunnels eingefahrenen Arbeiter werden sich tausend Meter unter Tag die Hände reichen; und kurze Zeit darnach werden Tausende und Abertausende ihren Spuren folgen und die Welt wird eine wichtige Verkehrsstraße mehr besitzen, auf welcher sich der Völkerverkehr um so Vieles schneller und bequemer vollzieht, — ein neuer Sieg menschlicher Arbeit und Wissenschaft, ein neuer, fortwirkender Sieg der Kultur!

So zeigt sich des Werkes glänzende Außenseite, und die Welt freut sich darüber. Nur Wenige aber bemerken über so viel Licht den Schatten, den großen, schwarzen Schatten. Wie Viele gedenken, wenn sie die freudige Nachricht lesen, und später die noch freudigere des vollkommenen Gelingens lesen, Derer, welche durch ihrer Hände Fleiß und ihres Körpers Schweiß, durch das Opfer ihrer besten Kräfte den Gedanken der Wissenschaft zur Ausführung brachten und dies kühne Werk schufen? — er denkt daran, wer trägt darnach, wie es ihnen geht, welchen Lohn sie für ihr Schaffen im Dienste der Menschheit erhalten, wie sich der Segen der Kulturarbeit an ihnen bewährt? Tiefes Schweigen! Für derlei prosaische Dinge interessiert sich unsere vorreflexive Gesellschaft nicht; die Leute werden abgelohnt, thun dafür ihre Pflicht und damit ist die Sache glatt — das Uebrige, Ueberforderung, Elend u. s. w., ist Sache der ihre Waare Arbeitskraft nach dem Marktpreis verlaufenden und geht die Gesellschaft nichts mehr an.

Wir aber, die wir nicht zu den Herrschenden der heutigen Gesellschaft, sondern gleich den armen Gotthardarbeitern zu dem arbeitenden Volke gehören, wir wollen über dem Werk nicht den Schöpfer vergessen, und einmal durch das glänzende Außere hindurch in das dunkle Innere sehen, aus der Höhe der kapitalistischen Selbstsucht, Gewissen- und Gedankenlosigkeit hinabsteigen zur Stätte der selbstlosen, geknechteten Arbeit. Und was wir da sehen, ist Grauen, und was wir hören, Seufzer, und was wir riechen, Leichengeruch — Jammer und Elend überall! Die Hitze tief drinnen im Stollen ist so groß, daß die im Dienste verwendeten Pferde zu Grunde gehen; aber die Arbeiter müssen ohne Raht und Ruh weiterarbeiten. „Fürwahr, ruft selbst ein nicht-sozialistisches Blatt, die „Alpenpost“ aus, — wenn irgendwo, bewahrt sich da die Thatsache, daß Diejenigen, denen bei der Ausführung eines großartigen Gedankens weitaus das meiste Verdienst zukommen sollte, die Früchte ihres Schaffens am wenigsten genießen. Wie viele von den Tausenden, die nach einander „vor Ort“ in der Nacht des Gesteins hörten und sprengten, die bald im Wasser, bald im Dampf der Sprengladungen, freis aber im Schweiß arbeiteten, mögen den festlichen Tag, der die Gotthardbahn eröffnet, erleben und mitfeiern? Weitaus die meisten sind in alle Welt zerstreut — ja von der ersten Minengarde soll nur ein Einziger bis jetzt ausgehalten haben. Und wie Viele sind auf ihrem Posten gefallen — wie manch junges, frisches Leben ward bei dem großen, schweren Werk das Opfer des Verhängnisses...!“

Wir lassen den Anhang zum letzten Satz: „sehr oft durch eigenes Verschulden“ weg, denn er paßt nicht recht zur menschenfreundlichen Tendenz des Vorhergesagten und er paßt noch weniger zur Wirklichkeit, da es doch längst konstatierte Thatsache ist, daß den Arbeitern im Tunnel nicht die Zeit gespart wird, um stets mit Sicherheit spätere Entladungen von Sprengschüssen abzuwarten — sie durften nicht einmal warten, bis die giftigen Gase sich nur einigermaßen verzogen hatten.

Ja, sie gehören zu den Vergessenen, die ihr Leben im dunkeln Stollen verloren haben, oder die darin zum Krüppel geworden sind, oder die man zusammengeschossen hat, als sie eine bessere Ventilation und ehrlichen Lohn für ehrliche Arbeit verlangten. Die Thränen der Mütter, die ihre Söhne, die Thränen der Frauen und Kinder, die ihre Ernährer beweinen, sind ihr einziges Denkmal — es waren zwar „nur Italiener“ — aber doch auch Menschen, „sozusagen“.

Aber auch sie gehören zu den Vergessenen, die den letzten Sprengschuß überleben, gedrohen am Körper mit ihrem letzten Lohne weiter wandernd, um anderswo ihre geschwächte Arbeitskraft anzubieten. Im glänzenden Saale aber werden beim Knallen der Champagnerpfosten die Herren Gründer und Verwaltungsräte nebst der Crème der „hohen Finanz“ die Vollendung des großen Werkes feiern, des Werkes, bei dem sie sich keinen Finger verleiht, aber Millionen profitirt haben, und von dem sie die Ehre des Gelingens allein einstaketen und von der Gedankenlosigkeit auch reichlich ernten.

Und dann, wenn der neue Tunnel dem Verkehr übergeben ist und die schnaubenden Dampfprosse Menschen und Güter durch den Berg schnell und sicher von Land zu Land fördern, dann werden ebenfalls die Arbeiter auf der Strecke und auf der Bahn: die Bauarbeiter, Wechselwärter, Bremser, Schaffner, Maschinisten und wie sie alle heißen — wieder Tag und Nacht, in Gluth und Kälte, in Sturm und Regen für ein paar Betteispennige schlingen und schaffen, unbemerkt oder geringgeschätzt. Die Unternehmer, die Kapitalisten aber werden auf ihren Faulbetten den Schweiß der Armen in glänzend Gold umzuwandeln wissen. Und dieses? Es wird seinen Knechtengang von Neuem beginnen, als Arbeitslohn, Wucherdarlehen, Hypothekarkredit, Börseneffekt und in Duzend andern Formen allerwärts Sklaven machen, die ihrem Herrn neue Reichthümer, neue Macht schaffen.

Und so fort ins Unendliche. Ins Unendliche? Wenn die heutige Produktionsweise mit ihrem Kapitalhäufungsprozeß nur noch ein halbes Jahrhundert fort dauern würde, würden alle Reichthümer dieser Erde nur mehr wenigen Tausenden, in einzelnen Ländern nur mehr wenigen Hundert Menschen gehören, denen gegenüber die Millionen des vollkommen verarmten, besitzlosen, auf der ganzen weiten Welt heimatlosen Volkes ständen. Würden diese Millionen geduldig als die Sklaven der Hunderte fortleben und sich von ihnen weiter beherrschen und ausbeuten lassen? Nein. Werden die Völker ruhig zuwarten, bis das heutige widerwärtige Produktionssystem an diesem Extrem angelangt ist? Kaum. Wird die nothwendige Aenderung unserer Gesellschaftsordnung auf dem Wege der ruhigen Entwicklung oder auf dem der Gewalt durchgeführt werden? Wir wissen es nicht sicher.

Aber das wissen wir desto gewisser, daß ein nicht fernes Tag kommen wird, an welchem das Maß der Leiden des Volkes durch einen letzten Tropfen zum Ueberlaufen gebracht wird, und daß dann aller Knechtschaft und allem Elend ein gründliches Ende bereitet wird!

Die Aufgaben des Kongresses der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerika's.

— New-York, 26. Dezember. Heute wird in Allegheny City, Penn., der Kongress (National-Convention) der Sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten eröffnet. Demselben liegt ein überaus reichliches Beratungsmaterial vor, zu welchem die Mehrzahl der Sektionen und namentlich auch die deutschen durch Anträge hinsichtlich der Plattform, des Programms, der Organisation, Parteidisziplin u. Beiträge geliefert haben. Der Kongress hat vor allem zwei große Aufgaben zu lösen: erstens eine allgemeine als nothwendig anerkannte Revision der Prinzipien-erklärung vorzunehmen und weiter an Stelle der bisherigen ungenügenden Organisation eine neue zu schaffen. Was die Aenderung der Prinzipien-erklärung anlangt, so handelt es sich im Wesentlichen um zwei Punkte: um das Verhältnis unserer Partei zu den Gewerkschaften und um die Frage, welche unserer politischen Forderungen wir für die nächste Zeit an die Spitze unseres Parteiprogramms zu stellen haben. Der letztere Punkt ist es insbesondere, welcher lebhaft diskutiert werden wird, da von der in dieser Richtung zu treffenden Entscheidung die Rolle, welche unsere Partei in der nächsten Zukunft in unserm Parteeleben spielen und die Bedeutung, welche sie haben wird, in hohem Grade abhängt.

Hauptsächlich handelt es sich darum, ob es nicht zur Erleichterung der politischen Agitation zweckmäßig wäre, ein besonderes Gewicht auf den Satz zu legen, welcher die direkte Gesetzgebung durch das Volk, sowie die Zurückberufbarkeit der Beamten u. s. w. fordert. Hinsichtlich des Beamtenwesens, eines der wundesten Punkte unseres Staatswesens, wird der Vorschlag gemacht, das Heer der Bundes- und Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter, dadurch dem Belieben der herrschenden Partei völlig zu entziehen, daß es in drei Klassen getheilt wird, von denen die unterste auf Grund öffentlicher Fähigkeitsprüfungen, die mittlere durch Wahl der unteren und die obere durch das Volk selbst zu erneuern und nur durch ein Jury-Urtheil oder ein Wähler-Verlangen absetzbar wären. Ob nun mit dieser oder einer anderen Formel, jedenfalls aber mit voller Würdigung der großen Aufgabe, welche unserer Partei in die Zukunft nur zu nahe Zeit zufallen wird, soll der Kongress die betreffenden Anträge erwägen und Vorkehrungen treffen, welche die sozialistische Arbeiterpartei bereit sein lassen, im gegebenen Momente mit dem Rufe: „Radikale Reform des Zivildienstes und zunächst Expropriation sämtlicher Verkehrsanstalten“ in der kommenden Volksbewegung ihre Fahne kräftig zu erheben.

Aller Voraussicht nach wird nämlich jener Krebschaden unserer Republik, welcher in der Konzentration der Eisenbahn-Monopole in Privat Händen besteht, durch die damit ihrerseits nothwendig wachsende Unverschämtheit der Volksausbeutung in Bälde einen solchen Grad erreichen, daß das Aufsteigen einer neuen und wahrscheinlich sehr starken Volksbewegung zum Kampfe zunächst gegen die Macht der Eisenbahn-Despoten spätestens nach der Präsidenten-

Wahl bevorstehen dürfte. Wenn es gelingen sollte, bis dahin eine Koalition aller ehrlichen Reform- und Arbeiterparteien des Landes ins Feld zu stellen, so dürfte jene Volksbewegung unter der Führerschaft dieser Koalition ohne Zweifel bald soweit gelangt sein, daß sie geradezu Expropriation der Eisenbahn-Korporationen und wohl auch der Telegraphen-Kompagnien und Uebergang aller Verkehrsanstalten in den Staatsbesitz fordern wird. Die Eisenbahnkönige werden es dann gerade so machen, wie noch alle reaktionären Gewalten dem zum Bewußtsein kommenden Volke gegenüber es gemacht haben. Indem sie sich schließlich die ganze Gesetzgebung der Union und diejenige der Staaten einfach kaufen werden und indem sie es gewiß auch an gewaltthätigen Provokationen wie beim Eisenbahnstreik des Jahres 1876 nicht fehlen lassen werden, werden sie die Bewegung aus der Bahn der friedlichen Entwicklung herauszudrängen beabsichtigen sein und der schon im Gange befindlichen Revolution das Mittel der Insurrektion aufzwingen. Haben wir aber nur erst einmal eine solche große Katastrophe, die endlich das ganze Volk, insbesondere aber dessen noch nicht so stillos verbundene Arbeiterklasse mächtig aufrütteln und damit gewiß auch sitlich und geistig erheben und vereiteln wird, dann dürfte es wohl kommen, daß der, in diesem Lande für eine solche Volksbewegung nicht im Mindesten fragliche Siegesvorbereitung des arbeitenden Volkes auch nicht bei der Expropriation der Eisenbahnen- und Telegraphen-Korporationen stehen bleiben wird!

Eine weitere, noch mit diesem Punkte zusammenhängende Frage ist die: ob sich unsere Partei an der nächsten Präsidentenwahl beteiligen soll oder nicht. Darüber, daß wir allein keinen eignen Präsidentschaftskandidaten aufstellen können und daß jeder hiefür verwendete Dollar unnütze Verschwendung wäre, ist man so ziemlich einig. Aber es wird von verschiedenen Seiten der Vorschlag gemacht: zum Zweck der Präsidentschaftswahl eine Koalition unserer Partei mit der kalifornischen Arbeiterpartei, der Arbeiterpartei von Fall River und von Massachusetts überhaupt, mit den Arbeiterelementen der Greenbackpartei, der Liberal-League, den Radikalen, Freigemeindlern und Turnern anzustreben, wobei indessen in Aufstellung der Prinzipien-Plattform nicht der geringste Kompromiß gemacht werden darf. Man glaubt, daß alle diese Oppositionselemente gegen die alten Parteien Stärke genug entwickeln könnten, um in der nächsten Nationalwahl den Ausschlag soweit zu geben, daß der Plan der Grant-Verschöpfung (Grant auf's neue zum Präsidenten und womöglich zum Kaiser zu machen) auf vier Jahre verschoben werden muß. Denn die kalifornische Arbeiterpartei und die Butler-Partei können mit Unterstützung der andern genannten Fraktionen recht wohl die betreffenden beiden Staaten gewinnen und Elektoren und Kongressleute in ihrem Sinne wählen. In den übrigen nördlichen Staaten kann die Vereinigung ebenfalls hier und da einen Elektor oder Kongressmann gewinnen. Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Plan zahlreiche Anhänger in unserer Partei zählt und schon deswegen ist eifrig erwägung gezogen worden muß; allein andererseits ist ebenso gewiß, daß wir uns mit einer derartigen Kooperation mit mindestens unklaren Elementen auf eine gefährliche Bahn begeben würden. Die Kooperation ist un schwer gemacht, allein sie ohne Schaden für unsere Prinzipien aufrecht erhalten, uns jede Korruption fern zu halten und uns nach jeder Richtung unbedingt selbstständig zu halten, ist äußerst schwierig. Und bevor nicht für die vorstehenden Bedingungen eine Garantie gegeben und der Erfolg der Koalition gesichert ist, sollte unsere vollkommen isolirte Stellung nicht aufgegeben werden.

Von kaum minderer Wichtigkeit als diese rein politischen Fragen ist die Organisationsfrage. Soll die Bewegung sich innerlich kräftigen und Fortschritte machen, so muß an Stelle des bisherigen, höchst losen Zusammenhanges der einzelnen Sektionen eine wirksame Zentralisation mit einer unerschütterlichen Parteidisziplin nach dem Muster der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit ihres öffentlichen Wirkens vor dem Sozialistengesetz treten. Ja, ich möchte diesen Punkt fast als den wichtigsten bezeichnen, insofern alle die anderen Verbesserungen der Partei nur in sehr beschränktem Maße nützen können, solange nicht durch die Herstellung einer tüchtigen Organisation die bisher zerstückelten Kräfte erst zusammengefaßt und in ihrem vollen Umfang wirksam gemacht werden können.

Jedenfalls hat der nun eröffnete Kongress große Aufgaben und wollen wir ihm wünschen, daß er dieselben im Interesse des amerikanischen Sozialismus und der Arbeiterfrage überhaupt herbeiführen und lösen möge. Ueber die Verhandlungen, resp. Resultate des Kongresses werde ich Ihnen noch berichten.

H. Dorn.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

— Zürich, 10. Januar. Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ hat zwar erklärt, daß sie sich auf eine Polemik gegen den Inhalt der „Freiheit“ nicht einlasse, und ist das auch nur zu billigen,

weil derartige Streitigkeiten — und wenn sie auch von der andern Seite noch so herausgefordert sind — stets einen schlimmen Eindruck machen. Man darf hier keinen Streich mehr thun, als es im Interesse der Sache absolut notwendig ist. Wie es Ihnen aber unmöglich ist, sich der Beobachtung und Kennzeichnung des Londoner Treibens (durch Ihren Londoner Berichterstatter) ganz zu entziehen und grobe Unwahrheiten und Schädigungen der Sache ungestraft passieren zu lassen, — so dürfen wir einen in Nr. 51 der „Freiheit“ enthaltenen, von Lügen und Verdrehungen über die schweizerische Arbeiterbewegung im Allgemeinen und die deutschen Vereine der Schweiz insbesondere strotzenden Bericht nicht ohne einige Worte der Kennzeichnung und Entgegnung lassen.

Kein Sozialist wird verlangen, daß Personen und Thatsachen unserer Bewegung — sei es in der Schweiz, in Deutschland oder sonstwo — nur urtheilslos gelobt und gepriesen werden; im Gegentheil ist selbständiges Urtheil und Kritik zum Gedeihen unserer Sache absolut nöthig. Diese Kritik kann aber nur dann gut wirken und als im Interesse der Partei geführt betrachtet werden, wenn sie erstens der Wahrheit entspricht und weiter in der guten Absicht, Besseres die Wege zu bahnen, gelübt und dabei Alles vermieden wird, was sowohl das innere Parteeleben, als das Ansehen der Partei nach Außen schädigen könnte. Alle diese Voraussetzungen aber treffen bei dem Bericht („... n. Aus der Schweiz“) der „Freiheit“ nicht zu. Dieser Bericht enthält nichts als die wahrheitswidrigsten Entstellungen und Verleumdungen und ist insgesammt ein Angriff auf die schweizerische Sozialdemokratie und die mit ihr wirkenden deutschen Vereine, wie ihn kein Bourgeoisblatt besser fertig bringen könnte. Gleich zum Eingang beschimpft der Bericht der „Freiheit“ die ausopferndsten Bestrebungen der schweizerischen Sozialisten geradezu, indem er die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Schweiz in die Worte zusammenfaßt: daß man „in der Parteeisenschule mehrere Jahre lang immer im Kreis herumreite, Hof und Reiter ermüde, sauer verdientes Geld verpulvere und schließlich doch am alten Fleck sitze.“ Kann man eine unwürdigere Sprache führen? Aber abgesehen hievon, ist die Auslassung auch von Anfang bis Ende aus Verdrehungen und Unwahrheiten zusammengesetzt.

Womit „verpulvert“ die deutschen Vereine — denn von ihnen sprechen wir hier hauptsächlich, weil der schweizerische Arbeiterbund sein eigenes Organ hat, in welchem er, wenn nöthig, sich gegen die Anfeindungen der „Freiheit“ wehren kann — ihr Geld? Erstens trugen sie zu den Kosten der Propaganda für das durchgesetzte Fabrikgesetz bei. Dann beteiligten sie sich durch erhebliche Geldsammlungen an den deutschen Reichstagswahlen. Und endlich unterstützten sie die Opfer des Sozialistengesetzes und vor Allem die Familien der Berliner Ausgewiesenen nach besten Kräften. Sind das Alles der „Freiheit“ wohl schlechte oder gleichgültige Ziele, für welche der Sozialdemokrat sein Geld nicht verschwenden darf? — Und was das „Ermüden“ und „schließlich doch am alten Fleck sitzen“ betrifft oder wie die „Freiheit“ weiter sagt: „daß die (schweizerische) Sozialdemokratie vor 3½ Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte und es seitdem rückwärts geht!“ Alles, was im Laufe der letzten Jahre gethan worden ist: die Einführung des Obligatoriums der „Tagewacht“, die Gründung von Genossenschaften, die Zentralisation mehrerer Gewerbe, die Erstarbung und die umsichtige Leitung des Arbeiterbundes, wodurch derselbe bei den Wahlen zu einem von allen Parteien anerkannten und in Berechnung gezogenen Faktor geworden ist — das ist wohl alles nichts als Rückschritt?! — Nach den gegebenen Proben kann es nicht mehr Wunder nehmen, wenn behauptet wird, daß der Arbeiterbund in seiner Mehrheit gar nicht sozialdemokratisch sei und als die einzige Rettung und der alleinige Hort der schweizerischen Sozialdemokratie der — Grütliverein, resp. dessen Zentralkomitee und der „Grütliener“ dargestellt werden! Man weiß wahrlich nicht, ob man mehr über die dreifachen Verdrehungen oder über die wahrhaft lächerliche Unwissenheit des Artikelschreibers staunen soll.

Aber das Arsenal des ehrenwerthen Berichterstatters gegen die schweizerische Sozialdemokratie und was mit ihr zusammenhängt, ist noch nicht geleert. Nachdem dem Arbeiterbund, wie oben erwähnt, schlankweg gesagt worden, daß es mit seiner Sozialdemokratie und seiner Bedeutung gleich wenig weit her sei, wird die Schuld an diesem vorgegebenem Umstand zuerst den Sektionen, dann aber lebendig den deutschen Vereinen zugeschrieben, welche sich die Ungnade der „Freiheit“ in ganz besonderem Maße zugezogen haben. Es heißt über sie wörtlich: „Den umsichtigen,

willensstüchtigen Genossen hängen die deutschen Vereine gleichsam wie Blei an den Füßeln und hindern dadurch den ganzen Fortschritt. Obgleich in den Statuten aller deutschen Vereine der Schweiz die Sozialdemokratie als Grundprinzip aufgestellt ist, so ist es doch Thatsache, daß in den meisten dieser Sektionen mehr oder weniger reaktionäre Elemente die Majorität bilden. Ist es da zu verwundern, wenn gutgemeinten Vorschlägen die Thür geschlossen wird?“ Nun, was die Beschuldigung des „Reaktionärs“ trotz der sozialdemokratischen Statuten“ betrifft, so sind wir der Nähe der Widerlegung jedem vernünftigen, logisch denkenden Menschen gegenüber überhoben. Denn die ganze Beschuldigung ist der abgemachte Widerspruch. In einer Gesellschaft, wie in den deutschen Vereinen, welche keinerlei Zwang zum Beitritt hat, sondern nur durch den freien Willen der Mitglieder existirt, in welcher statutengemäß vollkommene Freiheit und Gleichheit herrscht, da muß notwendig der Wille der Mehrheit herrschen und würden deshalb, wenn letztere „reaktionär“ wäre, auch die sozialistischen Statuten längst über Bord geworfen worden sein. Ein reaktionärer Verein mit sozialdemokratischer Grundlage — das ist eine Erfindung, welche bis jetzt selbst der Allerkühnster-Erfinder Edison noch nicht ausgefädeligt hat und welche dem bekannten Londoner Rebel alle Ehre macht!

Wir beabsichtigen nicht, uns vorläufig noch weiter auf die Sache einzulassen, sondern wollen vor allem den versprochenen Bericht der „Freiheit“ über die „Tagewacht“ mit dem was drum und dran hängt“ abwarten. Unser Urtheil über den Schreiber des besprochenen Berichtes und die, welche seinen Feindseligkeiten Vorschub leisten, wird aber kaum mehr eine Aenderung erfahren können. Die wackeren, vielgeprüften deutschen Sozialdemokraten als Schlafmützen und Haselhähne, ihre tapfersten Vorkämpfer als Verräther am Prinzip, die schweizerischen Genossen als unklare, verwirrte und wankelmüthige Gesellen und die deutschen Vereine als Reaktionäre und die deutsche und schweizerische Partei als verlottert, verfehlt, nutzlos und im Absterben begriffen hinzustellen und gleichzeitig auf sich selbst als den unsehbareren, „einzigen strengen Sozialdemokraten“ zu deuten — das thut ein Blatt, welches sich sozialdemokratisch nennt und komischer Weise behauptet, daß durch die Gründung des Parteiorgans „Sozialdemokrat“ die „Einigung der Parteigenossen Deutschlands wieder zerstückelt werde.“ Wenn man in London dieses systematische Angreifen, Beschimpfen, Zwietschachen und Heßen für den Ausdruck der „Lauterkeit“ unseers Prinzips“ hält, dann sind in der Schweiz allerdings nur wenige Genossen von dieser sauberen „Lauterkeit“ durchdrungen. Die Mitglieder des schweizerischen Arbeiterbundes wie die der deutschen Vereine aber werden wissen, was sie gegenüber solchem schändlichen Treiben zu denken und zu thun haben.

Ein Mitglied der deutschen Vereine.

Deutschland.

* In Preußen geschehen Zeichen und Wunder! Gegen alle Wahrscheinlichkeit hat die Regierung schon jetzt, nachdem kaum erst tausend Oberchlester verhungert oder durch den Typhus hinweggerafft worden sind, eine Nothstands-Kreditvorlage im Landtag eingebracht. Und wie splendid sich der väterliche Staat gegen das arme Volk zeigen will! Zur Ernährung von 160,000 Nothleidenden werden ganze 1½ Millionen ausgelegt, was für 4 Monate zusammen mit den bereits gesammelten Bettelspennungen 2,540,000 Mark ausmacht, d. h. pro Kopf und Tag 20 Pf. — (Schreibe: Zwanzig Pfennig, welcher Betrag von der Regierung als zur Normalernährung eines deutschen Unterthanen vollkommen ausreichend gehalten wird!!) Daraus ersieht man, daß der Sparfimmel des deutschen Volkes allerdings noch wenig entwickelt und seine Verschwendungssucht groß ist; denn mit 20 Pf. werden bisher nur wenige Deutsche auszukommen gewußt haben. Wenn es aber der rührenden Fürsorge der Regierung gelingen sollte, ihrem Volk dies neueste, vervollkommenste Sparsystem beizubringen oder wenn es gar möglich wäre, dem Deutschen das noch billigere Polenta- oder Reisessen der italienischen oder chinesischen Arbeiter anzugeöhnen: welche Perspektive der Prosperität würde sich da dem Volk und — dem Kapital eröffnen!

Also die nothleidenden Schlesier sollen je 20 Pfg. täglich Staatshilfe zur „Ernährung“ erhalten. Außerdem sollen für Beschaffung von Saatkartoffeln 2½ Millionen, für Gewährung von Arbeitsgelegenheit durch Buzinalbauten 1 Million und zur Ueberwinterung von 20,000 Rindern 1 Million gewährt wer-

gerecht und zwischen sie und auch anderweit sogenannte Nichtgelder (Nonvaleurs), d. h. Buchstaben, welche verabredungsgemäß nichts gelten, sondern nur zur Irreführung des Deciphreurs da sind, eingeschoben. Sodann wird die Bezeichnung der Buchstaben nicht mehr durch einzelne Zeichen, sondern durch mehrgliedrige Chiffren erkundet, indem man das Alphabet in mehrere Gruppen einteilt und nun jedem Buchstaben die Chiffre der Gruppe, zu welcher er gehörte, und der Stelle, welche er in ihr einnahm, gab. Nebenher gingen noch der häufige Wechsel des Schlüssels, d. h. der Chiffren- und Deciphriertabellen, welche den Korrespondirenden die verabredeten Zeichen zeigen, ferner der Wechsel der Sprache, das Schreiben in verkehrter Ordnung (nämlich von der Rechten zur Linken), vor Allem aber das sogenannte Schreiben in contrario, d. h. die Niederschrift einer Stelle in gerade entgegengesetztem Sinn, als in welchem sie gemeint ist und verstanden werden soll (was natürlich bestimmte Zeichen dem Eingeweihten anzeigen). Das letztere Mittel ward nicht nur dazu verwendet, besonders wichtige Stellen für den Fall der Entzifferung seitens eines Unerufenen dem richtigen Verständnis des Lesers zu entziehen, sondern mehr noch dazu, in Verbindung mit einem absichtlich leicht gewählten Schlüssel den Deciphreur, resp. dessen Auftragegeber auf eine falsche Fährte zu bringen und ihn zu bestimmen, von den Korrespondirenden gewollten Handlungen zu veranlassen.

All diese und ähnliche Mittel erschweren nun allerdings dem unerufenen Deciphreur die Entzifferung der Geheimchiffren außerordentlich, machen aber zugleich die Anwendung der Chiffrenschiffren für die Korrespondirenden selbst überaus schwierig. Ein einziger Fehler, beim Chiffriren oder Deciphriren nach so komplizierten Systemen begangen, ist oft hinreichend, auch dem beugten und im Besitz des Schlüssels befindlichen Deciphreur die

den. Für die Ernährung eines schlesischen Kindes wird demnach gerade noch einmal soviel an Unterhaltskosten für notwendig gehalten wie für die eines schlesischen Menschen! Die nothleidenden Schlesier werden, wenn sie bei ihren 20 Pfg. „Staatshilfe“ hungern und frieren, wohl ihr fattedes Kindvieh beneiden und die Natur anklagen, daß sie sie nicht zu Ochsen und Kühen, sondern zu preussischen Unterthanen gemacht hat!

Im Ganzen beträgt sonach die Nothstandshilfe 6 Millionen. Die Regierung ist jedoch über diese, in Preußen für solche Zwecke unerhörte Summe selbst dermaßen erschrocken, daß sie schnell mit der andern Hand den größeren Theil des mit der einen gegebenen Geldes wieder zurückzunehmen sucht. Die Bewilligungen für Viehfutter und Saatgut werden deshalb nur leihweise gegeben und müssen wieder zurückbezahlt werden. Dabei behauptet man aber trotzdem, den Nothstandsbezirkern nicht nur vorübergehend, sondern dauernd helfen zu wollen! Und um die Schmutzerei vollständig zu machen, müssen die 6 Millionen „mangels anderweitiger verfügbarer Mittel“ durch eine Anleihe aufgebracht werden.

So steht die Staatshilfe für das Volk heute aus; wenn sie besser werden soll, wird das Volk wohl zuerst zur Selbsthilfe greifen müssen!

— Nichts ist für das Wesen des heutigen Klassenstaates bezeichnender, als der Umstand, daß sogar das Recht, d. h. nicht „das Recht, das mit uns geboren ist“, sondern das formelle, von der juristischen Gesetzgebung festgestellte Zivilrecht gekauft werden muß, nur für Geld zu haben ist! Freilich, wo alles käuflich ist: Macht, Ansehen, Einfluß, Wissen, Ehre, Liebe, Tugend... warum sollte da gerade das Recht ausgenommen sein? Allerdings nimmt sich dieser Uebung gegenüber die von unserer Rechtsphilosophie adoptierte platonische Lehre, wonach der Staat die objektive Verkörperung des sittlichen Bewußtseins, der Rechtsidee, der Gerechtigkeit ist, sonderbar aus. Denn wenn der Staat die Verkörperung der Rechtsidee ist, so ist es doch seine erste Pflicht, allen seinen Bürgern ohne Unterschied und ohne besonderen Entgelt Recht zu spenden: weil er ja das, um deswillen er vor allem da ist und von den Bürgern erhalten wird, für ihn eine Pflicht ist und nicht eine Gunst, für welche er einen Preis fordern darf. Aber die Juristen haben seit Herausbildung einer zünftigen Rechtslehrelehre als trefflich fertig gebracht, jene mit den Lippen bekannte graue Theorie in der That in ihr Gegenteil zu verkehren, indem sie seit der Rezeption des römischen Rechtes die frühere Unengeltlichkeit des Rechtes in Deutschland immer mehr verdrängten und so das Recht in der Hauptsache nur den Reichen zugänglich machten. Spätere Zeiten änderten daran zwar Einiges und namentlich seit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, der Prinzipien von 1789 wandte sich manches zum Besseren.

Was aber von dieser kleinen Besserung bis jetzt in Deutschland noch vorhanden geblieben ist, das hat das „große nationale und liberale Werk“ der Reichs-Justizgesetzgebung mit der gierigen Faust des gewerbsmäßigen Rechtschacherers wieder beseitigt. Das neue Gerichts-Kostengesetz leistet in Bezug auf Verleugnung und Niederrettung des (auch von der Sozialdemokratie aufgestellten und von ihr allein ehrlich verfolgten) Grundgesetzes der Unengeltlichkeit der Rechtspflege das denkbar Großartigste. Bisher betrug z. B. in Preußen der Urtheilsstempel 1 Proz., sank in der zweiten Instanz auf ½ herab und fiel nur dem unterliegenden Theil zur Last. Jetzt aber muß der Rechtsuchende, der gar nicht einmal weiß, ob er von dem verurtheilten Gegner jemals einen Pfennig bekommen wird, die unendlich erhöhten Abgaben, welche der Staat auf die Rechtspflege legt, von vorn herein vorstrecken, wenn er nicht den Exekutor im Hause haben will. Wie hoch aber diese Steuer ist, mag man aus folgendem ersuchen: Wird eine Summe von 300 Mark eingeklagt, findet nur ein einziges Beweisurtheil statt und kommt die Sache in die zweite Instanz, so beträgt die auf die Rechtspflege gelegte Steuer im Minimum 82 Mark 50 Pfennige — (natürlich außer den Kosten der Anwälte!), also erheblich mehr als ein Viertel! Bei höheren Beträgen vermindern sich zwar die Prozentsätze, aber arithmetisch wachsen die Summen! Unter solchen Umständen können nur noch sehr wohlhabende Leute daran denken, überhaupt ihr Recht zu suchen.

Mit Rücksicht auf dieses schreiende Unrecht stellte der sozialdemokratische Abgeordnete im sächsischen Landtag, Genosse Freytag, in einer der letzten Sitzungen dieser Körperschaft den Antrag,

ganze Mittheilung unleserlich zu machen. Für den allgemeineren Gebrauch sind derartige Systeme überdies schon des mit ihrer Anwendung verknüpften bedeutenden Zeitaufwandes wegen ungeeignet; denn so viel überflüssige Zeit, wie die Diplomaten, hat nicht Freyermann. Man hat deshalb gesucht (der letztgenannte Grund fiel dabei allerdings am wenigsten ins Gewicht), Systeme zu konstruieren, welche mit der Sicherheit vor unbrauchbarer Entzifferung zugleich die Leichtigkeit des Gebrauches verbinden, und ist deren gegenwärtig eine überaus reiche Auswahl vorhanden (das einzige Krohn'sche Chiffrenbuch, 1873 in Berlin erschienen, enthält deren circa 3½ Tausend).

Das die bezeichneten Anforderungen — daß es leicht handhabbar und sicher vor Entdeckung sei — am meisten erfüllende Chiffrensystem ist indeß entschieden die sogenannte Chiffre indéchiffirable oder unentzifferbare Chiffrenschiffren. Da in unsern Tagen das Bedürfnis des Schutzes der Korrespondenz gegen Unbefugte in Folge der erhöhten geistigen Thätigkeit der Kulturvölker, neben welcher aber die Gründe des gegenseitigen Abschließens fortdauern, über den ursprünglichen Kreis der Chiffrenschiffren sich bedienenden, d. h. über die Diplomatie, längst hinausgewachsen ist und sowohl der Privat- und Geschäftsmann durch den sich immer öffentlicher gestaltenden Nachrichtenverkehr (Telegramme, Postkarten), als insbesondere auch der Politiker (d. h. der den Tagesgewaltigen mißliebige, mithin vor allen der Sozialist) durch den sich immer schärfer zuspitzenden Parteekampf, der in der Wahl der Kampfmittel immer weniger streupulvis und besonders das Korrespondenzgeheimnis sowohl während als nach der Versendung immer unsicherer macht, häufig die Chiffrenschiffren nicht umgehen können wird: so wollen wir das genannte System etwas ausführlicher behandeln.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Geheimchiffren.

(Fortsetzung.)

Die schon erwähnten Anfänge der Chiffrenschiffren, die einfache Vertauschung der Buchstaben, sowie die Anwendung geometrischer Figuren oder auch der Zahlen statt der Lettern, erfüllten den Zweck der Geheimhaltung bald nicht mehr, denn das große Interesse an der Durchdringung des Geheimnisses reizte den Scharfsinn zur Entdeckung von Mitteln, durch welche die Entzifferung der Geheimchiffren auch dem Nichteingeweihten möglich wurde. Und diese Entdeckung wurde bald gemacht und damit der Grund zur Deciphriekunst gelegt, welche von nun an ein überaus wichtiges Hilfsmittel der äußeren und inneren Politik, also der Diplomatie und Polizei blieb. Für jede Sprache gibt es nämlich gewisse, auf der Häufigkeit des Vorkommens der Buchstaben, der Vokalisation und die öfteren Wiederholungen bestimmter Buchstabenkompositionen (besonders Vor- und Schlußsilben), sowie auf den Gesetzen des Sachbaues basirende Regeln, welche dem Deciphreur bei solch einfachen Chiffrenschiffren selbst bei einiger Vorsicht der Korrespondirenden in Betreff des Wort- und Sachbaues schnell Anhaltspunkte geben, von denen aus er dann vermittels geschickter Kombinationen leicht den Schleier vollkommen zu zerreißen vermag.

Das nächstliegende Vertheidigungs- und Sicherungsmittel hiegegen waren nun die wechselnden Zeichen; für die verschiedenen Buchstaben, besonders die häufig vorkommenden (wie im Deutschen h, t, e, n etc.) wurden nicht mehr ein und dieselben, sondern verschiedene Zeichen genommen. Ferner wurden die einzelnen Worte und Sätze nicht mehr, wie in der gewöhnlichen Schrift, von einander getrennt, sondern fortlaufend aneinander

beim Bundesrat auf eine Abänderung des Gerichtskostengesetzes, bzw. der in demselben festgesetzten Kostenbeträge zu bringen. Freytag übte eine scharfe Kritik an den famosen Justizgesetzen und griff auch den sächsischen Justizminister wegen seiner, große Verwirrung im Gerichtswesen hervorruhenden Verpätung des Erlasses der Einführungsgehalte an. Der Minister geriet in Verwirrung und Erregung und wußte nichts als einige ebenso nichtssagende als ungezogene Phrasen zu entgegnen, worauf ihn Freytag verb. zur Ordnung verwies und seine Anklage auf Unfähigkeit und Pflichtversäumnis wiederholte. Weiter legte er einen Gehentwurf über das Gerichtsvollzieherwesen vor. Diese Beamten, welche von Amtswegen oft über enorme Summen zu gebieten und in ihrem Ressort entscheidende Voten abzugeben haben, erhalten nämlich nach den neuen Gesetzen trotzdem bloß 360 Thlr. Gehalt und gelten nicht als Staatsdiener, so daß der Staat für etwaige Unterschlagungen dieser Beamten nur theilweise haftbar ist. Freytag beantragte nun, daß die Gerichtsvollzieher als Staatsdiener anzuerkennen seien, der Staat die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen zu übernehmen und ihre Befähigung zum Amte zu prüfen habe.

Die Ausführungen Freytags waren so schlagend, daß sowohl ein fortschrittlicher als auch selbst ein konservativer Redner ihm beitraten und sein Antrag schließlich trotz des Ministers einstimmig angenommen wurde. Man darf sich natürlich nicht einbilden, daß dieser Beschluß den Bundesrat unmittelbar beeinflussen und zur Abänderung des drückenden Gesetzes führen wird; allein da man den Druck auch anderwärts empfindet und weitere Beschwerden nicht auf sich warten lassen werden, so ist der gemachte Anfang von nicht zu unterschätzendem Werth. Von politischer Bedeutung ist außerdem die Thatsache, daß es gelungen ist, die sonst so zahme sächsische Kammer in Opposition zu einem Reichsgesetz zu bringen. Vor allem aber ist wichtig, daß die Initiative zu Beidem von der Sozialdemokratie ausging, welcher bei dem eventuellen Gelingen der auf Befreiung des Volkes von einer großen Bedrückung gerichteten Bestrebungen der Hauptverdienter zufällt; und daß die „nur in der Negation starken“ Sozialdemokraten sich wieder als bessere Sachverständige, denn alle die alten Parlamentshelden und Gelehrtenzöpfe erwiesen und den moralischen Erfolg auf ihrer Seite haben!

Man sieht, daß die Anwesenheit der Sozialdemokraten im Landtag doch nicht so ohne ist und daß sich die vielbesprochene „Eid“-Formel rentirt.

— Die Reichshülfe für die Samoainselfelsgesellschaft, welche wir neulich als wahrscheinlich bezeichneten, ist bereits zur Gewissheit geworden und die Presse beschäftigt sich schon eingehend mit der Kulturfähigkeit des Landes, der Art der bisherigen Benützung und den möglichen Absichten der Regierung hinsichtlich desselben. Daß die Bourgeoispreffe dabei gleich wieder an die Anlegung einer Strafkolonie denkt, wundert uns gar nicht, da der Besitz einer solchen ja schon oft genug als ein „dringendes Bedürfnis“ bezeichnet und Frankreich um sein New-Kaledonien, Rußland um sein Sibirien u. beneidet worden ist. Die Blätter erzählen, daß der Aufenthalt auf den Inseln für Weiße „sehr unzutraglich“ sei, daß weiße Ansiedler nach mehrjährigem Aufenthalt von Malariaerkrankungen heimgeführt werden und daß dort die schreckliche Krankheit der Elephantiasis (unförmlichste Anschwellung der Beine) herrsche; man sehe unter den dort lebenden Europäern fortwährend neue Gesichter, und viele verlassene Dörfer, deren Bewohner an Seuchen dahinstarben, bilden ein deutliches Warnungszeichen. Kurz, das Klima der Samoainselfeln ist ein für Europäer mörderisches.

Dieser Umstand aber würde die genannten Inseln für die Anlegung einer Strafkolonie für politische Verbrecher, d. h. für Sozialdemokraten durchaus nicht untauglich machen, sondern ließe sie im Gegentheil erst als ganz besonders passend erscheinen. Man braucht dann das Sozialistengesetz nur dahin zu ergänzen, daß Jeder auf Grund der ordentlichen Gesetze oder des Sozialistengesetzes verurtheilt oder vielleicht gleich jeder von der Polizei als der öffentlichen Sicherheit gefährliche Sozialdemokrat zu deportiren sei. Die Sozialdemokraten würden sich dann auf ihren Inseln zwar nicht (wie die Bourgeoispreffe schon öfters höhnisch bemerkte) gegenseitig auffressen, wohl aber vom Klima aufgefressen werden. Sie wären besorgt und aufgehoben, die alte Ruhe und „Zufriedenheit“ im Reich wieder hergestellt und die soziale Frage spielend gelöst.

Es ist freilich wahr, daß Cayenne und Lambessa den Sturz des zweiten Kaiserreichs sowenig aufgehalten haben, als Sibirien und die Bergwerke des Ural die Zarenherrschaft gefestigt und die „Nihilisten“ ausgegilt haben. Allein in Berlin ist man weit klüger, als an der Neva und Seine und was einem Bonaparte geschah, kann unmöglich einem Hohenzollern geschehen. Also man probire!

— as Berlin, 12. Januar. Die Presse aller Parteien liefert tagtäglich, ohne es zu wissen und zu wollen, selbst die schneidendste Kritik unserer wahnwitzigen Gesellschafts-„Ordnung“. Man braucht bloß ihre trockenen Tagesneuigkeit-Notizen aneinander zu reihen. So berichten die Blätter über einen nächsten Besuch, welchen die Polizei jüngst zur Unterrichtung der hier zum Studium anwesenden japanesischen Polizeibeamten einigen Kaffeeklappen und Pennen abstattete. In der ersten an der Prenzlauer- und Hirttenstraßen Ecke gelegenen bot sich den Eintretenden ein entsetzliches Bild des Elends und Jammers. In einem dumpfigen Pferdestall fand man ungefähr 50 Obdachlose zwischen den Pferden und in den Krippen liegend. Es waren dies die Gäste, die für die Nacht 10 Pf. entrichteten. Die besser stümperten, welche 20 Pf. aufwenden konnten, wurden in einem Zimmer ohne jegliches Mobiliar aufgefunden, welches kaum 9 Quadratmeter enthielt und in dem dennoch gegen dreißig Menschen zusammengedrängelt waren. Der nächste Besuch galt dem Asyl für Obdachlose in der Büschingstraße, auch hier zeigten sich Noth und Elend in ausgeprägtester Form. Wie der Inspektor des Hauses erklärte, waren in dieser Nacht verhältnismäßig wenig Obdachlose, nämlich nur 526 Männer und 10 Frauen vorhanden. Trotz dieser und zahlreicher ähnlicher, zum Theil noch viel schlimmerer Thatsachen aber hat die von der Polizei und der Armen-Kommission angestellte „Untersuchung“ ergeben, daß der Nothstand in diesem Jahre nicht größer als im vorigen sei. Freilich konstatiren selbst Bourgeoisblätter, daß die Noth schon voriges Jahr so bedeutend war, daß eine auch nur kleine Stei-

gerung von den schlimmsten Folgen begleitet sein müßte. Und diese Steigerung sammt ihren Folgen ist thatsächlich eingetreten!

Was aber die Behörde hinsichtlich der Abhaltung und Linderung des Nothstandes an Energie versäumt, das bringt sie dem Sozialismus gegenüber doppelt wieder ein. Es herrscht der vollständige weiße Schrecken und alle unsere bekannteren Genossen stehen in einem Maß unter Beaufsichtigung, daß sie fast keinen unbewachten Schritt thun können. Die Zahl der Ausweisungen hat sich abermals um drei vermehrt. Die Genossen thun das Möglichste, um das Elend der Angehörigen der Ausgewiesenen zu lindern; aber statt die Polizei froh wäre, daß wir die von ihr Ruinirten unterstützen, sucht sie uns auf jede Weise daran zu hindern — mit vollendeter Henkersbrutalität streben unsere Feinde nicht nur darnach, die sozialdemokratischen Kämpfer selbst zu verfolgen, sondern auch ihre unschuldigen Angehörigen zu verderben und rettungslos dem Elend zu überliefern! So wurde jüngst eine in einer Privatwohnung veranfaltete kleine Weihnachtsfeier zum Besten der Familien der Ausgewiesenen von der Polizei unter großer Kraftensaltung aufgehoben und die Veranstalter gleich Verbrecher unter Eskorte ins Polizeigefängnis gebracht. Solche Rohheit konnte man selbst unter dem Dezemberkaiser nicht.

— Dresden, 5. Januar. Die Sozialdemokratie Sachsens ist muthig und kampfesroh in das neue Jahr eingetreten. Nachdem sie sich an der Magdeburger Wahl im Dezember vor. Jahres mit Rath und That beteiligt hatte, tritt sie jetzt im 17. sächsischen Kreise in den Wahlkampf ein, da unser bewährte Genosse Bracke zu allgemeinem Bedauern in seiner Gesundheit so erschüttert ist, daß er im Einverständnis mit den Genossen sein Reichstagsmandat niederzulegen sich genöthigt sah. Als Kandidat für diesen bisher unbesetzten Wahlkreis der Sozialdemokratie wird bekanntlich Auer auftreten, und die Genossen von Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal u. werden unbedenklich um Sozialistengesetze und andere Polizeigrillen auch diesmal auf dem Posten sein, um so mehr, als sie eine Ehre darin suchen, zu dokumentiren, daß sie die über die Sozialdemokratie verhängte Noth ignoriren, gerade wie sie einst mit glänzender Majorität ihren Vertreter Bebel wieder wählten, nachdem der Richter demselben sein Mandat aberkannt hatte. Darin werden auch die Intriguen der Volksparteier nichts ändern, welche sich jetzt nicht nur in Leipzig, sondern auch in Grimmitzschau regen, und mittels der ganz einflußlosen „Leipziger Volkszeitung“, wie mittels der „Grimmitzschauer Meercaner Tagespost“ Unfrieden in unsern Reihen stiften möchten, um Abonnenten und Anhänger für eine sogen. „Volkspartei“ zu lapern, die ein Hirngepinnst des Buchhändlers Fintel ist. Das eben genannte Grimmitzschauer Blatt war früher Parteiorgan, fiel aber schon nach Proklamirung des Sozialistengesetzes um, wurde tendenzlos, ja reaktionär, und verlangte trotzdem Unterstützung von der Partei, nachdem es schon ganz bedeutende Summen verschlungen hatte. Es wurde ihm eine Forderung von 10,000 Mark verweigert, und nun nahm der bekannte Advokat Schrapf, der unserer Partei gänzlich fern steht, das Blattchen in die Hand und bemüht es, mit Fintel fraternisirend, als Waffe gegen uns. Seine Pfeile fliegen natürlich auf den Schützen zurück, denn unsere Genossen sind zu aufgeklärt, um für Fintel'schen Fortschritt ihre Abonnementsgelder hinzugeben, und etwa sich als Stimmvieh für die mythische „Oppositionspartei Fortleben“ bemühen zu lassen. Der ganze Erfolg der volksparteilichen Aktion ist, daß die Kreisblätter den Spießbürgern von einer „Spaltung“ im sozialistischen Lager erzählen und ihm dadurch demonstrieren können, daß es noch immer ein sozialistisches Heerlager gibt, obgleich aller Sozialismus streng verboten ist. Uns kann's recht sein — Ueber den bewußten Werner, welcher in Berlin eine „nihilistische Druckerei“ etablirte, werden uns aus Leipzig einige interessante Mittheilungen gemacht. Werner trat oft in Versammlungen auf und betonte stets so provozirend das Verlangen nach gewaltsamem Umsturz, daß er deshalb von unsern Genossen oft tüchtig heimgeschickt werden mußte. Die Polizei hörte aber den aufreizendsten Brandreden Werners ruhig zu, und unternahm gegen ihn nichts, er mochte gegen das Gesetz verstoßen, so viel er wollte. Werner war auch, wie in den Akten des Hübner-Prozesses konstatirt ist, der Freund und Lehrer des „Attentäters“ Sr. Majestät des Kaisers“. Die Berliner Polizei wußte dies, denn sie kennt jene Akten, aber sie wies Werner nicht aus, sondern wartete ruhig, bis er einen Streich machte, den sie kurz vor Eröffnung des Reichstags „entdecken“ und damit die Verlängerung des Belagerungszustandes „rechtfertigen“ konnte. Das gibt zu denken. — Hier in Dresden fährt die Polizei fort, sich möglichst wirkungsvoll zu blamiren. Am Sonnabend waren 8 Sozialisten in einem Restaurant „verammelt“, wo sie Bier tranken und Billard spielten, als ein Polizist erschien, und anfragte, ob sie nicht vielleicht eine Versammlung des Vereins „Sachsegrün“ wären. Natürlich folgte allgemeines Gelächter, denn die Frage war so drollig und der Mann machte ein so komisches Gesicht dazu. Dennoch verwarhte sich der Polizist auch noch gegen die Heiterkeit, und meinte, man solle die Polizei nicht lächerlich machen, man sei ja „eshalb schon „verwarnt“. Wir sind aber gute Menschen und vergeben solche Polizei-Verleumdungen noch am ehesten, denn — Spaß muß sein und die Lächerlichkeit tödelt.

Lhf. Aus der Pfalz, 1. Januar. Auch in hiesiger Gegend leistet die Polizei ihr Möglichstes in Sozialistenerfolgung. So fanden in Speyer, Ludwigshafen, Lambrecht, Hagloch und Friesenheim Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften statt. Mehrere Anlagen wegen Verbreitung derselben wurden anhängig gemacht, jedoch erfolgte in allen Fällen Freisprechung. Daß diese Polizeischikanen nichts nützen, beweisen am besten die kürzlich hier stattgehabten Gemeinderathswahlen, wobei zum ersten Male in verschiedenen Orten Arbeiter, resp. Sozialisten als Kandidaten aufgestellt und theilweise auch gewählt wurden, was unsere Spießbürger in keine geringe Aufregung versetzte. In Lambrecht, woselbst die Arbeiter einen glänzenden Sieg erkämpften, rückten sich die dortigen Fabrikanten auf die schuttschste Weise, indem sie 15 in den Stadtrath gewählte Arbeiter bei Bedrohung mit Entlassung zwangen, ihren Austritt aus demselben zu erklären! Mehrere bekanntere Sozialisten, welche bei der Wahl thätig waren, sollen ohne alle Rücksicht aus sämtlichen Fabriken Lambrechts verbannt sein. Ob diese Ausbeuter

nicht daran denken, daß sich dies alles einmal fürchterlich rächen wird? Selbst gegnerische Blätter sprechen ihr Mißfallen über obige Zustände aus und bemerken, daß der Klassenhaß in obigem Städtchen einen Höhepunkt erreicht habe, wie in wenigen Orten Deutschlands. Wer aber diesen Haß ansacht und schürt, das verschweigen diese Blätter wohlweislich!

? Reutlingen, 2. Januar. Bei den Wahlen zum Gemeinderath hat auch hier — wie sich wohl erwarten ließ, — wie im andern Schwaben im großen Ganzen das liberal-conservative Chamälcon den Sieg errungen; der demokratische G. nius sibt verhältniß Hauptes auf dem Grabe seines Glückes und intonirt mit Viktor Scheffel: „Nun bleichen meine Wangen, das Blatt hat sich gewandt.“ In Eßlingen dagegen sind von sieben zu wählenden Gemeinderäthen fünf durchgekommen, die auf unserem Programm gestanden. Gewiß ein Erfolg, der nicht zu verachten ist. Uebrigens hatten wir auch hier in Reutlingen eine Liste aufgestellt, aber mit geringem Erfolg: Genosse Karl Fehleisen erhielt circa 80 Stimmen, Walz 60 u. — Die letzte Korrespondenz von hier (mit „Julianus“ unterzeichnet) wurde von unbekannter Hand dem großen Stuttgarter „Demokraten“ K. zugeschickt (die Sicherheit des Mannes verbietet die Nennung des Namens!), der sofort die betr. Nummer an die hiesigen Demokraten sandte und sie in Aufruhr setzte. Abgesehen nun davon, daß Herr K. sich dadurch eines fürchterlichen Vergehens gegen das Sozialistengesetz (Verbreitung verbotener Schriften) schuldig gemacht, so ist jeder Parteigenosse der Ueberzeugung, daß jenes in der betr. Korrespondenz gerügte Verfahren der Demokraten gegen uns mindestens sehr — unbrüderlich ist! Die demokratische Partei wird sich zwar für die „Brüder“ in der Blouse bedanken; hat ja bei einem Diskurs über den pöblichen Brand einer großen Fabrik ein gewisser „Demokrat“ kurzweg die Arbeiter als Brandstifter und — auch „demokratisch“! — im gewöhnlichen Leben als Kanakillen bezeichnet! Und da spricht man noch von Kompromissen, von Vereinigung der beiden Parteien! Zum guten Glück sondert sich die demokratische Partei in zwei Lager: das eine mit dem Gros des blinden und traditionellen „Stimmviehs“ wird in den Stall der Ordnungsel hinübergetrieben; der andere, freilich geringe, aber intelligente Theil, der schon längst Sympathie mit unsern Tendenzen hatte, schlägt sich zu uns und gilt uns mehr, als die große und bornirte Masse dieser Partei.

Nun ein dringender Vorschlag mit Exempel: Vor einigen Tagen fuhr ich eines Abends auf der Bahn und es stiegen einige offenbar nicht glänzend situirte Arbeiter, Steinhauer, Maurer u. ein, um die paar sauer ersparten Groschen nach Haus zu bringen und sich bei Weib und Kind an den Feiertagen von dem Schweiß ihres täglichen Joches auszurufen. Wie war ich aber bitter überrascht, als diese Leute — kaum gegen die Kälte genügend verwahrt — „patriotische“ Lieder, u. a. die „Wacht am Rhein“ begannen. Die Wacht am Rhein — und Proletarier! Wäre es da nicht im Interesse unserer Prinzipien und ebenso ganz ohne Gefahr gewesen, bei Verlassen des Waggons diesen Leuten eine sozialistische Schrift in die Hand zu drücken? Und so giebt es noch tausend Fälle, wo mit Erfolg unseren Tendenzen beim Volke Eingang zu verschaffen ist! Der einzige Haken ist der Mangel einer solchen Brochüre, die vermöge geringen Preises allen deutschen Genossen zur Gratis-Vertheilung zu Gebot stünde. Meiner Meinung nach wäre es am besten, in Masse von vielen tausend Exemplaren ein Flugblatt herzustellen, das in belehrendem Tone dem Leser verschiedene Fragen vorlegt, sie zum Denken bestimmt und die Hauptpunkte unseres Programms übersichtlich enthält. Aber, wie gesagt, sollte die Schrift nur als Flugblatt, nicht als Brochüre erscheinen, und sich dadurch zur Verbreitung in Masse eignen. Wir empfehlen den deutschen Parteigenossen diese Idee aufs Dringendste!

ei. Wilhelmshaven, 9. Januar. Auch wir hier in der jüngsten Stadt des Reiches haben kürzlich eine Art Belagerungszustand erlebt. Aber die Ursache waren in diesem Fall nicht die Wähler und Untergraber, sondern vielmehr die Stützen der heutigen Gesellschaft, nämlich ein Theil unserer hoffnungsvollen kaiserlichen Marine. Eines Morgens entdeckte man in einer Kaserne, daß die Montierungskammer vollständig geräumt war. Sofort wurde mit offener Gewalt die Kaserne von andern Abtheilungen der Marine ringsum belagert, und zwar von 18 Doppelposten mit geladenem Gewehr, welche den strengsten Befehl hatten, weder Jemand hinein noch herauszulassen. Bis heute Abend ist dieses strenge Verfahren und alle sonstigen Maßregeln vollkommen erfolglos geblieben; denn der Dieb ist in Gestalt eines Bootsmannsmaaten unter Mithahme noch weiterer Werthgegenstände und Gelder verschwunden. — Nicht weniger interessant ist ein anderes Städtchen. Am ersten Weihnachtstfesttage erklärte der Kapitan-Lieutenant v. Raven seiner Abtheilung, daß er das der Mannschaft für diesen Tag zukommende Brod an die Nothleidenden in Schlesien senden würde, indem er annehme, daß Alle damit einverstanden seien; sollte aber dennoch Einer darunter sein, der sein Brod haben wolle, der solle es sich aus der Wohnung des Herrn Kapitäns abholen. Natürlich fügte sich Alles der militärischen Kapitänspende für die Nothleidenden. Daß aber auch der Herr Kapitan ein ergiebiges Scheitlein beigetragen, etwa sein Gehalt für den Dezember zum Unterstützungszweck zur Verfügung gestellt habe, ist nicht bekannt geworden. So muß immer und überall der Arme den Schaden tragen, und nicht genug, daß er selbst ausgezogen wird, muß er auch seine gleich ihm ausgezogenen Brüder unterstützen, während der Reiche nichts thut.

Oesterreich-Ungarn.

* Knapp vor Schluß des alten Jahres ist endlich nach langem vergeblichen Verhandeln und „Handeln“ der Regierung der drohende Zustand der vollständigen Handelsvertragslosigkeit zwischen Oesterreich und Deutschland noch abgewendet worden, indem der alte Vertrag von 1878 auf ein halbes Jahr verlängert wurde. Die Bestimmungen über das Appreturverfahren, den Rohleinenverkehr, sowie die Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Eisenbahnmateriale aber wurden aufgehoben und werden die Bestimmungen über die beiden erstern fortan von beiden Staaten autonom festgesetzt werden. Die Früchte dieses Sieges der Schutzöllner beginnen sich bereits zu

zeigen. Oesterreich hat den ersten Schritt zur Abschaffung des Appreturverfahrens mit Deutschland schon gethan, indem es die freie Wiedereinfuhr veredelter Gewebe nur noch sechs Monate gestattet und nach Ablauf derselben für die zum Bedrucken ausgeführten Baumwollmaaren bei ihrer Wiedereinfuhr einen Appretur Zoll einführt. Durch die Aufhebung des Appreturverfahrens wird den böhmischen Baumwolldruckerei-Besitzern ein Monopol geschaffen, dagegen die deutsche und namentlich die große elsfässische Kattundindustrie empfindlich schädigt. Am allergeringsten aber werden natürlich wieder die Arbeiter getroffen, da in dieser Zeit der ohnehin schon so spärlichen Erwerbsgelegenheit eine Anzahl von Druckereien geschlossen und dadurch die bisher in denselben beschäftigten Arbeiter arbeitslos gemacht werden. Bereits hat eine Augsburger Druckerei beschlossen, ihren Betrieb einzustellen und andere werden folgen. — Die deutsche Regierung bleibt die Antwort auf diesen Schachzug natürlich nicht schuldig. Die bisherige zollfreie Einfuhr von Hochleinen aus Oesterreich ist bereits aufgehoben und werden nur vielleicht vorläufig noch einige Erleichterungen gestattet. Diese Maßregel wird auf die österreichischen Weber dieselbe Wirkung üben, wie die Aufhebung des Appreturverfahrens auf die deutschen Kattundrucker. Die armen Weber, deren geringer Lebensunterhalt eine so traurige Berühmtheit erlangt hat, werden neuerdings getroffen, die Löhne werden noch mehr herabgedrückt, die Arbeit noch seltener. Kurz, der Erfolg der ganzen „Handelvereinbarung“ wird für Tausende deutscher und österreichischer Arbeiter von den verderblichsten Folgen sein. Und das Alles nur, damit ein paar Duzend Fabrikanten und Kapitalisten ihren Schnitt machen können. Wer da nicht einsteht, wie „harmonisch“ die Interessen von Kapital und Arbeit sind!

— **Aussig, 7. Jan.** Was jetzt innerhalb der schwarz-gelben Pfähle für uns Sozialdemokraten „Rechtens“ ist und wie unsere Behörden das Bismarck'sche Sozialistengesetz auch ohne jede gesetzgeberische Anstrengung überbieten, mögen Sie aus folgender fast ungläublicher Thatsache ersehen. Als jüngst wieder eine Sendung unserer Parteiblätter aus Reichenberg (wo außer dem nordböhmischen Organ „Arbeiterfreund“ auch das neue Centralorgan „Volkfreund“ erscheint) hier ankam, wurde dasselbe sofort nach seiner Ankunft kurzer Hand von der Bezirkshauptmannschaft beim Buchhändler abgeholt. Außerdem wurde der letztere inquirirt, ob er nicht gewisse sozialistische Kalender habe, worauf der Buchhändler seine sämtlichen Kalender auf die Behörde schickte, aber bald gnädig wieder zurückhielt, da darunter nichts Staatsgefährliches gefunden wurde. Dagegen erklärte die Bezirkshauptmannschaft, daß die Parteigänger von den Abonnenten bei ihr selbst abgeholt werden müßten, wahrscheinlich damit man die sozialdemokratischen Bösewichter kennen lernen und auf sie Druck ausüben kann. Nun, wir werden uns nicht scheuen, uns den Herren zu zeigen; aber sind solche Maßregeln nicht niederträchtig? Dazu wird auch die Post selbst immer unsicherer und das „Verlorengehen“ von Briefen von hier nach Reichenberg und andern Orten wird immer häufiger, so daß die Genossen zur größten Vorsicht im Schreiben und Adressiren ermahnt werden müssen. — Was unsere Presse betrifft, so ist es kaum mehr bemerkenswerth, daß die erste Auflage jeder Nummer unserer Organe konfisziert wird; das ist schon gewissermaßen eine „berechtigte Eigenthümlichkeit“. Aber interessant ist, daß der „Arbeiterfreund“ neulich u. A. wegen eines Artikels beschlagnahmt wurde, der der „Hamburger Gerichtszeitung“ entnommen war — ein aklatanter Beweis, daß wir bereits noch unter dem Niveau des deutschen Ausnahmegerichtes stehen! Aber in Oesterreich und speziell in Böhmen ist auch das unerschämteste Handeln der Polizei „gesetzlich“ gerechtfertigt. Wahrlich, Steine möchten ergrimmen ob solch schändlicher Willkür und freigesinnte Männer möchte es vor Scham und Wuth das Herz erbrüden, daß sie sich derlei Schändlichkeiten noch immer geduldig fügen müssen. Wie lange wird sich das Volk diese unerträgliche Tyrannei noch ungestraft gefallen lassen?!
D. Dne.

Frankreich.

1. **Paris, 8. Januar.** Wenn man die Dinge in unserer opportunistischen Republik oberflächlich nur von ihrer glänzend lackirten Außenseite betrachtet, möchte man das heutige Regierungssystem — sofern es erlaubt ist, den prinzipien- und charakterlosen Opportunismus ein System zu nennen — bisweilen wirklich für das halten, als was es sich selbst ausgibt: für die beste aller bis jetzt dagewesenen und möglichen Regierungen. So prahlt jetzt wieder die gouvernementale „republikanische“ Presse damit, daß die Steuern im abgelaufenen Jahre ungefähr 140 Millionen Mehrertrag geliefert hätten, womit sie die zunehmende wirtschaftliche Prosperität für erwiesen halten. Wer aber die Sache genau ansieht und kennt, weiß, daß von einer Besserung der ökonomischen Verhältnisse keine Rede und daß der Arbeitsmangel und das Elend der besitzlosen Klassen hier und in der Provinz größer denn je ist. Trotzdem aber scheut sich die Regierung nicht, durch ein enormes Hinaufschrauben der auf sehr elastischer Grundlage basirenden Steuerrollen dem armen Volk jene „Mehrerträge“, welche dann von der Kammer wieder gewissenlos verschleudert werden, abzupressen! Eine Besserung ist indessen hier wie in andern Dingen erst von der künftigen Kammer, d. i. von den Neuwahlen, welche dieses Jahr stattfinden müssen, zu erwarten.

Damit dieselben aber wirklich eine Aenderung zum Besseren und eine wenigstens allmähliche Erleichterung des fürchterlichen heute auf dem Volke lastenden Druckes bringen, ist es notwendig, daß die vom Marceller Kongress beschlossene Gründung einer Arbeiterpartei eine Thatsache werde und daß sie es bald werde. Es ist kein Augenblick mehr zu verlieren, denn noch ist sehr wenig gethan, namentlich was das brüderliche Zusammenstehen der verschiedenen Schulen und Gruppen betrifft, in welche hier zu Lande die Arbeiterbewegung zum Verderben des Volkes und zum Vortheil der Unterdrückten bisher leider gespalten war. Doch machen sich jetzt vielerorten erfreuliche Versuche zur Anbahnung besserer Verhältnisse geltend. So ist auf den 13. Januar in der Salle des Ecoles, 3 rue d'Arras, eine große Arbeiterversammlung anberaumt, in welcher über die Mittel berathen werden soll, wie der Marceller Kongressbeschluss der Bildung einer sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs am Besten ausgeführt werde. Auch in Bordeaux sollte eine ähnliche Versammlung abgehalten werden gelegentlich des

Rechenchaftsberichtes des dortigen Delegirten zum Marceller Kongress, des energischen Roché. Die Versammlung wurde aber mit den Mitteln einer korrupten Polizei hintertrieben, indem auf die Wirthe eine Pression ausgeübt wurde, um sie an der Herausgabe ihrer Lokale an die Sozialisten zu hindern. Die Polizei kann eben solche Gewaltstreich in Frankreich wie in Deutschland sowenig lassen, als die Rache das Mäusen. Wenn man sich davon schützen will, gibt es nur Ein Mittel: ihr den Rest zu geben! —

Angesichts des schrecklichen Ergebnisses der Statistik, daß drei Viertel der kontribuirten, d. h. von den Armenbureau's unterstützten armen elternlosen Kinder im Kindesalter sterben, während der größere Theil des am Leben bleibenden Viertels auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird, hat das Ministerium des Innern Anordnungen getroffen, um diese gräßlichen Verhältnisse wenigstens einigermaßen zu verbessern. Die Zahl der Armeninspektoren soll vermehrt und außerdem sollen Unterinspektoren bestellt werden, welche speziell die Obforge für die armen Säuglinge zu übernehmen haben. Die Gesellschaft der Frauenrechte (deren Vorsteherin unsere vom Marceller Kongress her bekannte Genossin Hubertine Auclert ist) wandte sich nun mit einer Vorstellung an das Ministerium, in welcher sie dasselbe auffordert: erstens die staatliche Protection auf alle unterstützungsbedürftigen Kinder bis zum 18. Jahr auszudehnen und weiter, mit der Obforge für die armen Säuglinge sachverständige Personen, d. h. Frauen zu betrauen. „Wir hoffen, so schließt die Vorstellung, daß man unsern gerechten Ausstellungen Folge geben und dadurch bewirken wird, daß die staatliche Fürsorge für die hilflosen Kinder nicht länger ein Spott sei, durch den die Verwaisten entweder zum Entbehrenstod verurtheilt oder nach einigen Zuckungen des Lebens dem Brandmal der Zuchtpolizei oder der Schmach des Schwurgerichts überliefert werden. Die verlassenen Kinder sind die Kinder der Republik, und diese hat die Pflicht, sich derjenigen, welche keiner Familie angehören, als gute Mutter annehmen und ihre körperliche, geistige und sittliche Entwicklung zu sichern.“

Italien.

* Aus Florenz erhalten wir die freudige Nachricht, daß die sämtlichen 14 Angeklagten des berüchtigten Monstre-Sozialistenprozesses, wie zu hoffen war, freigesprochen worden sind. Das kunstreiche Gebäude der polizeilichen und staatsanwaltlichen Erfindungen war während der Verhandlungen durch die Angeklagten und die Vertretigung so gründlich zusammengestürzt, daß die Richter trotz Beeinflussung von oben eine Verurteilung nicht über sich gewinnen konnten. Wenn es für die Sozialisten heutzutage ein Recht gebe, dann hätten jetzt der Untersuchungsrichter, die zwei Staatsanwälte und der Polizeiinspektor, welche sich zur Verurteilung von 14 Anschuldnigen verschworen und dieselben 15 Monate lang der Freiheit beraubt haben, auf der Anklagebank Platz zu nehmen und die wohlverdiente Strafe zu empfangen. Aber so weit sind wir noch nicht, weder in Italien noch in Deutschland.

Großbritannien.

* Wohin immer wir sehen mögen und Elend, Jammer und Unglück erblicken, das Betrüger und Geistesbeschränkte auf den Willen eines allmächtigen und allliebenden (!) „Gottes“ zurückzuführen, — fast überall, in mindestens neunzig unter hundert Fällen, erkennen wir als Ursache nicht einen „Zufall“ oder eine Nothwendigkeit, sondern lediglich die allem Recht und aller Vernunft Hohn sprechende Organisation unserer heutigen Gesellschaft und die daraus entspringenden Institutionen. Man gehe nur einmal die großen Unglücksfälle des vergangenen Jahres durch. Die Katastrophe von Szegedin, welche 8000 Menschen das Leben kostete, eine ganze Stadt vom Erdboden hinwegspülte, viele Tausende von Morgen Ackerlandes auf lange Jahre hinaus der Kultur entzog und ungezählte bewegliche Werthe vernichtete: sie wurde durch die unsinnige Theil-, Regulierung“ verursacht, an welcher die Kopfsichtigkeit und vor Allem der schmutzigste Egoismus der vereinigten Kapitalisten und Großgrundbesitzer die Schuld trägt. Die schlagenden Wetter von Frameries (Belgien) und Zwicau, von denen letztere 122, letztere 90 Bergarbeiter tödteten, fallen der von den profitwütigen Grubenbesitzern vernachlässigten Ventilation zur Last. Die grandiosen Ueberschwemmungen des Murciales in Spanien mit ihren 1200 Menschenopfern sind zum größten Theil durch den seit Jahrzehnten von den Privateigentümern wie vom Staat selbst betriebenen systematischen Waldbau hervorgerufen worden.

Und mit dem jüngsten schrecklichen Bahnunglück zu Dundee (von dem unsere Leser längst durch die Tageszeitungen Nachricht erhalten haben) verhält es sich nicht anders; auch an ihm trägt den angestellten Untersuchungen zufolge die gewissenlose Habsucht des Kapitals die Hauptschuld. Es stellt sich heraus, daß die grandiose Brücke (3 Kilometer lang), welche über den mehr einem Meeressarm als einem Fluß gleichenden Tay führt, zum Zweck der Kostenersparniß viel zu schwach und in geradezu konstruktionswidriger Weise ausgeführt war. Wurde s. B. bei der Projektirung schon die gewählte Pfeilerkonstruktion von Sachverständigen für bedenklich gehalten, so war das noch viel mehr der Fall hinsichtlich der großen „Deconomie“ in den Stützdimensionen der überaus dünnen, schloßsteinähnlichen gußeisernen Pfeiler. Man sagte im Voraus, daß die Brücke der vereinten Gewalt des in jener Gegend häufigen Sturmes und des Gewichtes eines Eisenbahnzuges kaum lange widerstehen können.

Alein die Brücke wurde nach dem billigeren Plan ausgeführt. Mindestens hätte bei der mangelhaften Sicherheit der Brücke während des Sturmes der Dienst eingestellt werden müssen. Der Zugführer des letzten Zuges, welcher dem verunglückten Eisenbahnzuge voranging, machte auch den Stationsvorstand auf den Ernst der Gefahr aufmerksam und erklärte, er für seinen Theil würde lieber tausend Pfund Sterling ausschlagen, als noch einmal bei solchem Wind über die Brücke fahren. Aber durch eine zeitweilige Dienststellung würde ja der Bahngesellschaft ein Gewinn entgehen! Also wird der Nachzug trotz alledem auf die vom wüthendsten Orkan umkämpfte Brücke geschickt. Aber er kommt nur bis zur Mitte. Dort wird er durch die Gewalt des Sturmes und das Wanken der Brücke aus den Schienen und gegen die Einfriedung geschleudert; die schwachen

Brückenpfeiler vermögen der Gewalt des Sturmes und dem ungeheuren Gewicht des Zuges nicht mehr zu widerstehen — ein den Sturm überdröhnendes Krachen — und die Brücke bricht zusammen und mit ihr stürzt der ganze Zug mit hundert Menschen spurlos in den Strom!

Wie lange wird die Gesellschaft einen Baum, welcher so giftige, mörderische Früchte zeitigt, noch dulden und seine entsehlige Wirksamkeit weiter entfalten lassen?!

— Die Bewegung in Irland, weit entfernt abzunehmen, wächst mit jeder Woche und namentlich mit dem Fortschreiten des Nothstandes unaufhörlich. Tagtäglich kommt es zu Ausbrüchen der Volkswuth gegen die Landlords, die Landagenten, die Polizei die sich nicht an der Bewegung beteiligenden Pächter und sind die Haufen der Demonstranten meist so groß und so entschlossen, daß die Behörde nichts ausrichten kann. In Carraroe in West-Irland kam es zu einem blutigen Zusammenstoß des Volkes mit der Polizei. Als mehreren Pächtern Ausweisungsbefehle zugestellt werden sollten, griff das Volk die Gerichtsdiener sammt ihrer Polizeibedeckung von mehr als hundert Mann an, prügelte die ersteren und überwarf die letzteren mit einem Stein- und Prügelhagel. Schließlich ging die Polizei mit der blanken und der Feuerwaffe vor, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundungen gab. Indessen mußte die Polizei unrichtiger Sache wieder abziehen. Der ganze Distrikt soll sich im hellen Aufstande befinden und die Regierung fürchtet, daß sich derselbe schnell weiter verbreiten könnte. Ein größerer Aufstand in Irland käme ihr jetzt sehr unlegen, da sie wegen der Kriege in Afrika und Asien nur wenig Truppen verfügbar hat. So sehr wir aber auch mit unseren Sympathien die unterdrückten Irländer in einem Kampfe gegen ihre Peiniger begleiten würden, so zweifeln wir doch aus verschiedenen Gründen, namentlich aber wegen der unter den irischen Landleuten herrschenden Zielunklarheit und dann wegen des kolossalen Einflusses des einem gewaltsamen Kampfe abgeneigten katholischen Klerus daran, daß es zu einem allgemeinen Aufstand kommen wird. Das Volk in Irland muß gleich dem in Deutschland und anderwärts erst durch die Gewalt der sich entwickelnden Ereignisse aus zahlreichen verschiedenartigen und einander widerstrebenden und paralysirenden Theilen mehr zu einer homogenen, zielbewußten Masse zusammengeschüttelt werden, bevor es seine Kraft einmüthig und mit Erfolg geltend machen kann.

Südamerika.

* In der Hauptstadt von Brasilien, Rio de Janeiro, sind aus Anlaß der Einführung überaus drückender Steuern ernstliche Unruhen ausgebrochen. Dieselben wurden jedoch in gewohnter Gewaltthätigkeit mit Waffenmacht unterdrückt, wobei es zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen gab. Unter den nachträglich Verhafteten sollen sich auch einige Mitglieder der dortigen Arbeiter-Union befinden, welche jedoch an der ganzen Bewegung nicht theilhaftig zu sein erklären. Es scheint demnach, als ob die brasilianische Regierung bloß die gute Gelegenheit benutzen wollte, um die ihr lästigen Anhänger des Socialismus in ihrem Lande niederzutreten, was ihr aber hoffentlich ebensowenig gelingt, wie ihrer deutschen Kollegin.

— **r. Augsburg, 12. Januar.** Einer unserer treuesten und aufopferungsvollsten Mitkämpfer ist nicht mehr. Genosse Jakob Endres ist heute Vormittag nach kurzem Krankenlager gestorben. Seit dem Jahre 1867 steht in den vordersten Reihen der Partei stehend, hat er sich durch sein muthiges, opferfreudiges Wirken für die Sache der Arbeit die Achtung von Freund, wie Feind erworben. Vor seinem Tode mußte er noch den Schmerz erleben, sich vollständig ruiniert zu sehen, denn er hatte sein kleines, mühsam erarbeitetes Vermögen der Parteisache geopfert und hinterläßt seine Familie in den bedrängtesten Verhältnissen. Ehre seinem Andenken!

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen genommen bei folgenden Filialen

Budapest M. Frankel, VII, Lindengasse 26, Thür 28.

London W. Hoffmann, 59 Wardour Street, Oxford Street, lato Princes Street W.
H. Rackow, 120 Islington High Street.

Paris Blum, 66 rue Montorgueil.
Trapp, 65 rue de Madame, Hotel Baldrian.
Voss, 6 rue de Louis.

Antwerpen Ph. Coenen, 6 Meistraat.

Brüssel A. Tronz, 81, rue de Six-Jetons.

Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.

Lüttich Friedrich Mammossor, Rue Potierue 20/II.

New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street.

St. Louis Mo. Gebr. Hermingshaus, 1711 Franklin Avenue.

Chicago Ill. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.

Durch uns ist zu beziehen und empfangen wir:

Die Frau und der Socialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. — Mk. 1. 50.

Expedition des Sozialdemokrat.